



BürgerInnenbrief

24. Oktober 2012

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

BürgerInnenbeteiligung verstetigen +++ bfw erhalten! +++ Schuldenwirtschaft +++ Mindestlohn +++ Mietenwahn

Befristete Bürgerbeteiligung? Nicht mit uns!

Von Heike Sudmann



Bei einer Anhörung zur Zukunft der Rindermarkthalle (M. Joho)

Kaum eine Woche vergeht, in der die Medien nicht über dieses Beteiligungsverfahren oder jene »Stadtwerkstatt« berichten. BürgerInnenbeteiligung ist in Mode, auch Senat und Bezirksämter überschlagen sich dabei förmlich. Doch dass eine ernsthafte Teilhabe der Menschen an den sie berührenden Fragen oft genug eine Farce ist, haben die Menschen in Langenhorn bemerkt, als ihr erfolgreiches Bürgerbegehren gegen den Abriss der Wulffschen Siedlung schlicht wegevoziert wurde. Ähnlich in Altona, wo das auch von den Behörden anerkannte Koordinierungsgremium mit dem dringenden Antrag, weitere Entscheidungen für die Neue Mitte Altona kurzfristig auszusetzen, um mehr Zeit für eine ausreichende Interessenartikulation von unten zu haben, auf taube Ohren stieß.

Ein neues Fass machte jüngst der Senat mit seiner Antwort auf eine Große Anfrage der LINKEN auf (Bürgerschafts-

Drucksache 20/4846 vom 4.9.2012). Auf die Frage, ob sich der Senat vorstellen könnte, »vom Prinzip her in sämtlichen 105 Hamburger Stadtteilen auf Dauer Mitwirkungs-gremien einzurichten und hinsichtlich der Rahmenbedingungen (Geschäftsführung, Protokoll, Einladung etc.) finanziell abzuschern«, erfolgte diese Antwort: »Die Laufzeit dieser Gremien ist in der Regel an die Realisierung eines bestimmten Projekts, die Lösung bestimmter Probleme oder die Durchführung eines bestimmten Verfahrens gekoppelt. Die Förderung von Beteiligungsstrukturen ist deshalb auch in der integrierten Stadtteilentwicklung nur für festgelegte Gebiete und für eine befristete Laufzeit möglich. Eine pauschale flächendeckende Einrichtung von über die gewählten bezirklichen Gremien hinausgehenden zusätzlichen Beteiligungsgremien wäre weder sachlich angemessen noch stehen hierfür die fi-

nanziellen Ressourcen zur Verfügung.« Im Klartext: BürgerInnenbeteiligung vor Ort gibt es nur ausnahmsweise und auch nur befristet!

Wie wäre es mit einer ganz anderen Philosophie – bei der die Teilhabe von Menschen an den sie betreffenden Fragen ausgebaut wird? Aus unserer Sicht ist dies ein dringendes Erfordernis, um die lokalen und globalen Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen. Ohne die Menschen, gar gegen sie, werden Städte und Quartiere keine demokratische Perspektive haben und damit unregierbar werden.

Die Große Anfrage ergab, dass wir in Hamburg gegenwärtig 47 Stadtteil-, Sanierungs- und Quartiersbeiräte haben, davon ein gutes Drittel alleine im Bezirk Mitte. In diesen Gremien engagieren sich teilweise seit vielen Jahren Hunderte Menschen: Eltern, Hausfrauen, MigrantInnen, VertreterInnen von Vereinen und Initiativen, Mieter- und Grundeigentümerverbänden, Gewerbetreibende, StadtteilpolitikerInnen usw. – ein großes Potenzial, mit dem die Stadtteilentwicklung nicht alleine dem Bezirk und Senat überlassen wird. Aber genau das scheint das Problem zu sein, denn ca. ein Drittel der Gremien wird 2012/2013 auslaufen, und zwar ohne jedwede Perspektive. BürgerInnenbeteiligung wird damit in einem Dutzend Quartieren wieder auf Null zurückgedreht.

Und dies kann nicht sein, wie ich meine. Bestehende Gremien sollten nach meiner Überzeugung bis auf weiteres nicht aufgelöst und ggf. in Stadtteilbeiräte überführt, jedenfalls verstetigt werden. Ich könnte mir sogar vorstellen, überall dort solche Beteiligungsstrukturen einzuführen, wo sie gewünscht werden. Selbstverständlich müssen diese Gremien institutionell finanziell abgesichert werden, denn nur so wird der Schuh einer urbanen und demokratischen Stadtgesellschaft daraus. Nehmen wir an, von den 105 Stadtteilen in Hamburg würden 50 in der ersten Runde einen Stadtteilbeirat haben wollen, dann bräuchten wir ca. vier oder fünf

Mio. Euro (50.000 bis 70.000 Euro für die professionelle Begleitung, 20.000 bis 30.000 Euro für den vom jeweiligen Beirat selbst zu verwaltenden Verfügungsfonds), und wir hätten die Hälfte der Viertel schon mal mit einer soliden und dauerhaft wirksamen Beteiligungsstruktur ausgestattet. Keine Frage, dass dies nur der Anfang wäre, keine Frage auch, dass über die Möglichkeiten und erweiterten Rechte solcher Beiräte weiter zu verhandeln wäre.

Das Geld ist übrigens durchaus vorhanden: Eigentlich wollte der Senat für sowieso schon üppige 17 Mio. Euro den Zugang zur HafenCity, lies: zur Elbphilharmonie, mittels zweier bereits vorhandener Brücken optimieren. Im Zuge der anstehenden Haushaltsberatungen wurde nun bekannt, dass die SPD lieber noch einmal 10 Mio. draufpacken will, um eine gänzlich neue superteure Klappbrücke zu bauen. Der Senat kann sich also entscheiden, was ihm wichtiger ist: zweimal fünf Mio. Euro für eine qualifizierte Beteiligungsstruktur in 50 Stadtteilen 2013/2014 oder eine überflüssige Brücke, die vor allem den Elphi-BesucherInnen nutzt.

Auf Initiative von AkteurInnen aus den Netzwerken Hamburger Stadtteilbeiräte und Recht auf Stadt – beide sind mehr oder weniger zeitgleich vor drei Jahren gestartet – kursiert dieser Tage unter den Hamburger Beiräten eine »Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte«. Sie ist bereits von etlichen Einzelpersonen und Stadtteilgremien unterzeichnet worden. Die Beiräte wollen damit kurzfristig die bevorstehende Auflösung einiger Stadtteilbeiräte verhindern und gleichzeitig dafür werben, entsprechende Strukturen auszubauen. Wegen der großen Bedeutung dieser Beteiligungsstrukturen drucken wir nachfolgend den Aufruf (Stand 4.10.2012) ab. Er kann – und sollte – weitere UnterzeichnerInnen bekommen, Zustimmungserklärungen sind zu richten an die Mailadresse m.kersting@alraune-hamburg.de.

Resolution

zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte

Das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte und einzelne AkteurInnen bzw. UnterzeichnerInnen aus dem Netzwerk »Recht auf Stadt« begrüßen das Bekenntnis des Senats zur Förderung eines eigenständigen Stadtteil-Lebens: »Zentrales Anliegen ist es, ein eigenständiges Stadtteil-Leben zu befördern, den sozialen Zusammenhalt zu stärken, an vorhandenen örtlichen Potenzialen anzuknüpfen und die Bewohner/innen zu motivieren, in Initiativen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren.« (Senatsdrucksache 20/4846 vom 4.9.2012, S. 2). Sanierungs- und Quartiersbeiräte und vor allem die Stadtteilbeiräte haben sich in den vergangenen Jahren in vielen Stadtteilen als sehr gut geeignete, wenn auch noch ausbaufähige Instrumente erwiesen, die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner zu artikulieren und zu transportieren.

Deshalb empfinden es die UnterstützerInnen dieser Resolution als ausgesprochen bedauerlich, dass seitens des Senats keine Überlegungen angestellt werden, die Beteiligungsgremien über die Förderdauer des jeweiligen Quartiers hinaus zu verstetigen (vgl. Senatsdrucksache 20/4846, Antwort auf Frage 21 und 22, S. 13f.). Aus der Anlage zu der erwähnten Drucksache geht hervor, dass rund ein Drittel der Fördergebiete in den Jahren 2012 und 2013 auslaufen werden, ohne dass ein Ersatz dafür vorgesehen ist. Dies wäre ein herber Rückschlag für die allseits als unverzichtbar gepriesene Bürgerbeteiligung.

Vor allem in sozial und städtebaulich benachteiligten Stadtteilen sollen dadurch nicht zu kompensierende Verluste im Bereich der Bürgerbeteiligung und der Partizipation hingenommen werden. Die organisatorisch-bürokratische Arbeit wie Abhaltung von ordnungsgemäßen Beiratswahlen, Einladungen zu den Beiratssitzungen, Erstellung der Tagesordnungen, Protokollführung und -versand, Weiterleitung der Beschlüsse an die zuständigen Gremien und Institutionen usw. ist aber mit einer rein ehrenamtlichen Tätigkeit nur sehr schwer, auf Dauer gar nicht zu leisten. Somit wären gerade die sozial benachteiligten Quartiere durch das Auslaufen der Förderung und die faktische Beendigung der Bürgerbeteiligung in einem besonderen Maße betroffen. Im Übrigen halten wir Beteiligungsstrukturen überall dort, wo erwünscht, für erforderlich.

Bürger und Bürgerinnen vor Ort würden eine wichtige Informationsquelle und Ebene der institutionalisierten Beteiligung verlieren, Politik und Verwaltung würden sich durch den Verzicht auf Verstetigung des Instrumentariums Stadtteilbeirat einer wichtigen Entscheidungshilfe berauben. Eine größere Kompetenz in Quartiersfragen als die der Bewohnerinnen und Bewohner wird vielfach nicht zu finden sein. Ohne diese Gremien wächst die Gefahr bürgerferner Entscheidungen mit den bekannten Folgen der Staatsverdrossenheit und des Rückzugs aus dem öffentlichen Leben. Wenn es dem Senat also ernst ist mit der Förderung eines **eigenständigen Stadtteilens** und der Stärkung des **sozialen Zusammenhanges**, so müssen Wege gefunden werden, die Beiräte als dauerhafte Institutionen im politischen Leben der Freien und Hansestadt Hamburg zu verankern und finanziell abzusichern.

Weitergehende Formen der Bürgerteilhabe und Selbstorganisation sowie andere demokratische Aktivitäten und Mobilisierungen von Menschen vor Ort bleiben von der Sicherung bzw. breiteren Etablierung von Stadtteilbeiräten selbstverständlich unbenommen.

Gelebte Demokratie beginnt auf der Ebene der Nachbarschaft!

Berufsförderungswerk Hamburg erhalten!

Von Meinulf Krön



Damit der Weg hieran vorbeiführt (Foto: dpa)

Das Berufsförderungswerk (BFW) in Hamburg-Farmsen ist durch eine starke Unterauslastung in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Es bestehen Schulden in Höhe von über 25,1

Mio. Euro, denen aber für 2012 noch ein angepeilter Gewinn in Höhe von 29,8 Mio. Euro gegenübersteht. Hintergrund ist, dass die unterschiedlichen Reha-Träger für berufliche Reha-

bilitation (Renten- und Unfallversicherungsträger, Bundesagentur für Arbeit) kaum noch Umschulungsmaßnahmen bezahlen.

Die Berufsförderungswerk Hamburg GmbH wurde 1962 als Unternehmen der Freien und Hansestadt gegründet. Aufgabe des BFW war bislang, Menschen mit Behinderungen beruflich zu rehabilitieren und nach Möglichkeit in den Arbeitsmarkt (wieder) einzugliedern. Hierzu wurden ursprünglich vor allem Umschulungen durchgeführt, später aber auch andere Qualifizierungen. Seit der Gründung des BFW sind über 20.000 Menschen umgeschult worden, meist auf FacharbeiterInnenniveau. Als Folge der von der schwarzgelben Bundesregierung zu verantwortenden massiven Mittelstreichungen bei allen Reha-Trägern gibt es jedoch nur noch wenige Umschulungen. Das trifft in Hamburg vor allem das BFW. Berufliche Rehabilitation bieten stattdessen fast nur noch freie Träger an, billigere und fragwürdige Kurzzeitmaßnahmen sind die Folge. Das aber schadet den behinderten Menschen, da der Arbeitsmarkt zunehmend nach gut ausgebildeten FacharbeiterInnen sucht und die Unternehmen sich selbst vor entsprechenden Qualifizierungskosten nach Kräften drücken.

Umschulungen gelten zwar als die sinnvollste Maßnahme für eine dauerhafte und erfolgreiche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, sind aber natürlich auch zeit- und kostenintensiv. Die Reha-Träger setzen daher verstärkt auf die billigeren und erheblich kürzeren »Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen«. Diese werden in Hamburg von einer Vielzahl von Bildungsträgern angeboten, auch wenn sie für die Arbeitsmarktintegration kaum etwas bringen. Damit einher geht ein scharfer Preiswettbewerb unter den Anbietern, bei dem auch vor Dumpinglöhnen nicht zurückgeschreckt wird und selbstständige, prekäre Lehrkräfte den »Spielball« bilden – ein Weg, den das BFW mit seinen qualifizierten, überwiegend hauptamtlich Beschäftigten nun einmal nicht mitgehen will. Hinzu kommt, dass die Reha-Träger aus Kostengründen verstärkt auf wohnortnahe Reha-Maßnahmen setzen. Das BFW als ursprünglich überregional geplantes Zentrum ist daher aus Konkurrenzgründen gezwungen, auch überregional in Außenstellen angebotene Kapazitäten abzubauen.

Das BFW hatte in der Vergangenheit schon einmal eine große Umstellungsphase zu bestehen. 2003 wurden noch fast 2.000 Reha-TeilnehmerInnen betreut. Bis 2007 sank die Zahl dann auf unter 900. Der Personalbestand wurde von 2004 bis 2007 dementsprechend von 683 Vollzeitstellen auf 362 verringert. Die verbliebenen ArbeitnehmerInnen mussten sich schon über Kurzarbeit und einen Notlagentarifvertrag an der Sanierung des BFW zwangsweise beteiligen. Die Geschäftsführung des BFW geht für das Jahr 2012 von nur noch rund 270 Reha-TeilnehmerInnen aus. Zurzeit sind noch 352 MitarbeiterInnen (entspricht 318 Vollzeitstellen) beim BFW beschäftigt. Von fachkundiger Seite aus wird ein weiterer Personalabbau von 150 Stellen vorausgesagt. Auch sei eine mittelfristige Verbesserung der Zuweisungen für die Reha-Hauptmaßnahmen nicht zu erwarten.

Währenddessen haben sich die Reha-Träger selbst für einen Fortbestand des BFW ausgesprochen. Neben der ge-



bfw-Hauptgebäude in Hamburg-Farmsen (Foto: bfw)

planten Gewährung eines städtischen Darlehens in Höhe von 4,5 Mio. Euro soll das BFW neu strukturiert werden – auch mit Hilfe einer Unternehmensberatung. Die Untersuchung hat ein Auftragsvolumen von 195.000 Euro. Als Beratungsunternehmen wurde Roland Berger per freihändiger Vergabe ausgewählt. Jetzt soll also wieder einer der großen privaten Unternehmensberater ein städtisches Unternehmen retten.

Die Streichungen der Mittel für die beruflichen Reha-Maßnahmen waren jedoch längst bekannt. Der Senat hat das Problem aber wieder einmal aussitzen wollen und abgewartet, bis gar nichts mehr ging. DIE LINKE hatte die Streichaktionen bei den Arbeitsmarktmitteln und bei den Mitteln für berufliche Reha rechtzeitig immer wieder thematisiert und vor den absehbaren Folgen gewarnt. Jetzt haben wir den Salat.

Die Wandsbeker Bezirksfraktion DIE LINKE brachte bereits einen Antrag in die Bezirksversammlung ein, das BFW mit einem breiten Leistungsangebot auf hohem Qualifikationsniveau zu erhalten. Dieser Antrag ist allerdings nicht auf Zuspruch bei den anderen Parteien gestoßen. Unterstützung fand die Position der Wandsbeker Linken auf Bürgerschaftsebene dagegen beim arbeitsmarktpolitischen Sprecher der Linksfraktion, Tim Golke. Seine Kleine Anfrage zwang den Senat zu dem Eingeständnis, dass dem BFW zeitweilig sogar eine Insolvenz drohte (Bürgerschafts-Drucksache 20/5031 vom 28.8.2012).

Es bleibt zusammengefasst das Problem, dass mit einem »kürzer und billiger« weder das BFW langfristig erhalten noch der drohende Fachkräftemangel in der Stadt angegangen wird. Die Arbeitsagentur finanziert gerade in Hamburg zunehmend Kurzzeitmaßnahmen, obwohl längst belegt ist, dass diese auf dem Arbeitsmarkt keinen dauerhaften Erfolg zeitigen. Wir fordern daher, dass Arbeitsagentur und Rentenversicherung nicht mehr vorrangig auf »Billig-Weiterbildungsträger« setzen dürfen, die durch Leiharbeit, prekäre Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit die Kosten drücken. Bleibt das aber so, hat das BFW keine Überlebenschance, auch nicht mit Unterstützung einer teuren Unternehmensberatungsfirma.

Sozialdemokratische Schuldenwirtschaft

Von Joachim Bischoff



So geht Umfairteilen, Demo am 29.9. in Hamburg (M. Joho)

Hamburg sitzt auf einem Schuldenberg von knapp 23 Mrd. Euro, jährlich werden dafür 900 Mio. an Zinsen fällig. Durch die Schuldenbremse, die bis 2019 die Nettokreditaufnahme gestoppt haben soll, wird die Hansestadt auf Schuldendiät gesetzt. Das Motto für die nächsten Jahre: Es muss radikal gespart werden. Die Kürzungsliste des Senats umfasst auch die Bereiche Kinder- und Jugendarbeit, Bücherhallen und Bezirksämter. Damit wird gerade bei den Bedürftigen gespart.

Man kann sich aber auch zusätzliche Einnahmen ohne Steuererhöhungen verschaffen. Nach dem jüngsten Ankauf einer Steuer-CD wurden 879 Selbstanzeigen registriert. Das spült 60 Mio. Euro in die Stadtkasse. Verbesserung des Steuervollzugs – also bei den gut Betuchten – ist seit Jahren die Forderung der linken Opposition.

Die Ausgaben für den Haushalt 2013/2014 werden an der strikten Konsolidierungsvorgabe ausgerichtet. Dies, obwohl bei den sonstigen Einnahmen aus der im Rahmen des Fiskalpakts vereinbarten Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund dem Hamburger Haushalt 2013 135 Mio. und 2014 190 Mio. Euro zufließen. So soll der Gesamtetat von 12,01 Mrd. (2013) nur mehr um 0,9% auf 12,14 Mrd. Euro (2014) wachsen. Da über 70% des Haushalts feststehen (Personal, gesetzliche Leistungen, Zinsen, aber auch die Verpflichtungen aus den diversen ÖPP- bzw. PPP Projekten), soll in den verbleibenden Bereichen umso rigorosier gespart werden.

Von der behaupteten »politischen Gestaltung« kann im Kernhaushalt keine Rede sein, wohl aber in den Schattenhaushalten der diversen Sondervermögen und der öffentlichen Unternehmen (vor allem HGV, Hamburger Gesellschaft

für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH), über die der Senat gerade in diesem Jahr teure politische Operationen auf den Weg brachte. So hat die Stadt locker ca. eine Mrd. Euro für den Kauf des 25,1%igen Anteils an den Energienetzen (etwa 544 Mio. Euro) und für die Erhöhung der städtischen Anteile an Hapag Lloyd (420 Mio. Euro) ausgegeben, die außerhalb der Haushaltskonsolidierung laufen. Außerdem wurde das Sondervermögen Stadt und Hafen (HafenCity) mit 457 Mio. Euro vor der Insolvenz bewahrt. Das große Paradoxon: Die Hansestadt kürzt massiv unter dem Druck der Schuldenbremse, doch der Schuldenberg wird trotzdem größer.

Der Haupthebel zur Kürzung sind die Personalkosten. In den Doppelhaushalt 2013/14 eingegangen sind die Kürzungen bei den Sonderzahlungen sowie die Streichung von jährlich 250 Stellen. »Bei der Veranschlagung der Personalausgaben wurden jährliche Tarif- und Besoldungserhöhungen von 1,5% unterstellt. Der Senat verfolgt auch für den Mittelfristzeitraum bis 2016 das Ziel, den Personalbestand der öffentlichen Verwaltung zurückzuführen. Die Zuwachsraten für die Bezüge der Aktiven liegen daher im Planungszeitraum noch unter 1,5%. (...) Abweichend von der Praxis früherer Jahre sind im Einzelplan 9.2 ab 2013 keine zentralen Verstärkungsmittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen mehr veranschlagt. Sollten die tatsächlich eintretenden Tarif- und Besoldungserhöhungen über 1,5% hinausgehen, so müssen die Mehrausgaben – sowohl für Aktive als auch für Versorgungsempfänger – durch Umschichtungen innerhalb der jeweiligen Einzelpläne gedeckt werden.« Schlussfolgerung: Werden die Einkommen im öffentlichen Dienst und bei den vielen Einrichtungen, die ihre Mittel aus dem Haushalt erhalten, um rund 2% steigen

- dies wäre in etwa ein Ausgleich der Preissteigerungen -, dann fallen weitere Stellen weg.

Diese Zwangslage lässt sich an den Hamburger Bezirken veranschaulichen: Nimmt man die Daten aus dem im November 2011 endgültig verabschiedeten Doppelhaushalt 2011/2012, sollen die Bezirke allein in den Jahren 2011 und 2012 durch Einnahmeerhöhungen, Personalabbau und Leistungskürzungen Konsolidierungsleistungen in Höhe von 56,1 Mio. Euro erbracht haben bzw. noch erbringen. Das sind etwa 6% ihres Etats.

Und damit ist noch lange nicht Schluss: Allein 2013 sollen die Bezirke mehr als 23 Mio. Euro einsparen. Und von 2014 bis 2017 weitere 62 Mio. Euro. Geplant ist u.a., 3,5 Mio. Euro bei den Rahmenezuweisungen für die Bezirke zu kürzen. 2,5 Mio. Euro davon betreffen die freie Kinder- und Jugendarbeit, jeweils etwas weniger als 0,5 Mio. Euro entfielen auf Projekte der Familienförderung sowie sozialräumliche Familienhilfen.

Nach den Planungen des Senats für den Haushalt 2013 sollen alle sieben Bezirke rund 3,5 Mio. Euro in der offenen Kinder- und Jugendarbeit einsparen. Zum einen geht es um die Konsolidierung des defizitären Hamburger Haushaltes, zum anderen, so die Argumentation des SPD-Senats, fangen die flächendeckend ausgebauten Kita- und schulischen Ganztagsangebote einen Großteil der Kinder auf, die vordem die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit nutzten.

Das vom Senat den Bezirken vorgegebene Sparziel für 2013 entspricht einem Abbau von 468 Stellen. Die Bezirksamtsleiter sagen nicht nur Nein, sondern haben ein Positionspapier vorgelegt, in dem sie sich bereit erklären, 170 Arbeitsplätze abzubauen. Das würde eine jährliche Ersparnis von 8,5 Mio. Euro bringen. Es fehlen also die Einnahmen von 298 Personalstellen. Ginge es nach dem Senat, müsste der Bezirk Altona ein Minus von 64 Stellen verkraften, und »je nach Höhe des Tarifabschlusses und der Inflationsrate aufwachsend bis 2014 bis zu 95 Stellen«, heißt es in der Antwort des Bezirksamtes. Hintergrund: Sollten, wie zu erwarten, die Angestellten im öffentlichen Dienst bei den Tarifverhandlungen Ende 2012 mehr als eine 1,5-prozentige Lohnsteigerung erzielen, fielen noch mehr Stellen hintenüber.

Gekürzt wird auch bei den Investitionen. Sie liegen mit jeweils 850 Mio. Euro im Jahr 2013 und 2014 und einem Anteil von 7,5% an den bereinigten Gesamtausgaben auf einem historisch tiefen Niveau und sollen bis 2019 noch weiter abgesenkt werden. Der Einwand des Senats: »Bei der Interpretation der Linie der Investitionsausgaben ist zu beachten, dass große und wachsende Teile von Investitionsbedarfen, insbesondere im Schul- und im Hochschulbereich, nicht mehr durch Investitionsmittel des Kernhaushalts, sondern mittelbar - in Form von Mietzahlungen an öffentliche oder private Partner - aus dem Betriebshaushalt finanziert werden.« Selbst wenn man die beim Schulbau Hamburg geplanten Investitionen für Sanierung, Um- und Zubau an den Schulgebäuden für 2013 in Höhe von 190 Mio. und rund 272 Mio. Euro in 2014 hinzurechnet, bleibt eine gewaltige Unterfinanzierung allein für den Substanzerhalt des städtischen Vermögens.

Veranstaltungen mit dem Haushalts- und Finanzexperten und ehemaligen Mitglied der Bürgererschaft für DIE LINKE, Joachim Bischoff:

Mittwoch, 24.10.2012, 18.30 Uhr, Georg-Asmussen-Haus, Böckmannstraße 3

»Kein Entkommen vor der sozialen Abrissbirne? Zur Haushaltspolitik von Scholz und den Alternativen der Hamburger LINKEN«

Vortrag und Diskussion zusammen mit Norbert Weber, dem haushaltspolitischen Referenten der Linksfraktion, veranstaltet von der Hamburger LINKEN

Dienstag, 30.10., 19 Uhr, Georg-Asmussen-Haus, Böckmannstraße 3

»Was war? Was bleibt? Wege in die WASG. Wege in die LINKE«

Vorstellung des neuen VSA-Buches zur WASG, zusammen mit Klaus Ernst und Björn Radke

Donnerstag, 1.11., 19 Uhr, Vor-Ort-Büro, Hansaplatz/Zimmerpforte

»Einnahmeverbesserungen statt Sozialkürzungen«. Informations- und Diskussionsveranstaltung der St. Georger Stadtteilgruppe der LINKEN

Zu empfehlen ist an dieser Stelle nochmals die von der Linksfraktion herausgegebene und von Joachim Bischoff, Norbert Hackbusch, Bernhard Müller und Norbert Weber verfasste Broschüre **»Abgescholzt. Der Hamburger Haushalt unter der Schuldenbremse«**, herunterzuladen von der Website www.linksfraktion-hamburg.de. Aktuelle Kommentare von Joachim Bischoff zur Wirtschafts- und Finanzsituation finden sich unter www.vorort-links.de/nordlinks/hamburg/.

Risiken weiterer Schulden: Öffentliche Unternehmen und Sondervermögen

Als der frühere Erste Bürgermeister Ole von Beust sein Herz für »Haushaltswahrheit und -klarheit« entdeckte und 2010 sein Konsolidierungsprogramm für Hamburg vorlegte, war darin u.a. vorgesehen, dass die öffentlichen Unternehmen einen jährlichen Beitrag von 50 Mio. Euro an den Haushalt abführen sollten. Wie sich dann herausstellte, sollte dieser Überschuss vor allem durch Manipulation an den Altersrückstellungen »erzeugt« werden. Der Vorschlag ist dann sang- und klanglos einkassiert worden - auch weil die städtischen Unternehmen (im Saldo) wachsenden Zuschussbedarf haben, also den Haushalt belasten. So muss der Finanzsenator der HGV seit 2009, wo sie noch einen Überschuss von 27 Mio. Euro ausweisen konnte, einen wachsenden Zuschuss für den Verlustausgleich überweisen. Das waren im Jahr 2011 schon

69 Mio. Euro und werden laut Finanzplan 2013 und 2014 etwa 90 Mio. Euro sein. Dabei ist in dieser Rechnung noch unterstellt, dass die HHLA in diesem Jahr mehr als 31 Mio. Euro Dividende abführt, im kommenden Jahr 30 und 2014 sogar 35 Mio. ExpertInnen gehen längst davon aus, dass infolge der anhaltenden Krise der Schifffahrt die Dividendenerwartung nicht zu halten ist. Die Finanzbehörde jedoch verschließt die Augen vor der Wirklichkeit: »Wir halten unsere Dividendenerwartung an die HHLA im Moment aufrecht.«

Auch die Reederei Hapag-Lloyd, deren mittlerweile größter Einzelaktionär mit 39,6% die Stadt ist, befindet sich in akuter Seenot. Angesichts der dramatischen Entwicklung der jüngsten Zeit werden längst Wetten darauf abgeschlossen, ob der Schifffahrtsbetrieb das Jahresende überhaupt noch mit einer roten Null abschließt. Auch drohen massive Einnahmeausfälle. Jeweils 35 Mio. soll Hapag-Lloyd in den Jahren 2013 und 2014 in den Haushalt spülen.

Der Rauswurf von HSH Nordbank-Vorstand Lerbinger wiederum stärkte in der letzten Woche zugleich die Befürchtungen, dass Hamburg bald Milliarden für das marode Institut locker machen muss, die bisher nur als ungenutzte Garantien zugesagt sind. Die HSH Nordbank denkt über die Beantragung weiterer Staatshilfe nach. Das Institut wolle Hamburg und Schleswig-Holstein um eine Ausweitung der Garantien für notleidende Kredite und Wertpapiere von sieben auf zehn Mrd. Euro bitten. Grund sei die »katastrophale Lage der Schifffahrtsbranche, die im dritten Quartal noch mal kräftig zu Buche geschlagen hat.«

Der Entwurf des Doppelhaushalt 2013/14 ist erneut das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt worden ist. In den nächsten Monaten werden wir mit reichlichen Veränderungen konfrontiert werden. Also kein Ende der Schuldenwirtschaft in Sicht!

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Anfang Oktober hat das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein die neue Ausgabe der **Hamburger Stadtteil-Profil 2012** herausgegeben. Das alljährlich erarbeitete, 254 Seiten starke Werk umfasst neben Daten zu jedem der 105 Hamburger Stadtteile diesmal auch Angaben zu den Quartieren Mümmelmannsberg, Kirchdorf-Süd, Osdorfer Born, Steilshoop, Neuwiedenthal und das Phönixviertel, also über die städtischen Großsiedlungen. Hinzu kommen 80 »interaktive Stadtteil-Karten«. Alles in allem: unverzichtbar für das Engagement vor Ort. Wer es in der Druckfassung haben möchte, zahlt dafür 20,50 Euro, die Stadtteilprofile können aber auch als kostenloser Download genutzt werden: http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standocuments/NR13_Stadtteil-Profil_2012.pdf.

Das Thema Fahrradfahren boomt in den Medien, ganz im Gegensatz zu seinem Stellenwert in der Politik des Senats, die eher auf ein Eindampfen des Ausbaus der Fahrradwege und des Anteils am gesamten Verkehrsaufkommen orientiert. Eine Umfrage des »Hamburger Abendblatts« im September ergab, dass die Mehrheit der HamburgerInnen die Verbesserung und den Ausbau des Radverkehrs wünscht, 51% votierten für eine Verbannung der Autos aus der Innenstadt. Nun ruft der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) auf zur Teilnahme an einer bundesweiten Umfrage, genauer am **Fahrradklimatest 2012**, der fünfte seiner Art seit 1998. Der Fragebogen kann im Internet unter www.fahrradklima-test.de ausgefüllt werden. Beim Fahrradklimatest des Jahres 2005 bekam die ach so Freie und Hansestadt Hamburg eine glatte 4,44 und landete damit auf dem letzten Platz der 28 teilnehmenden Großstädte. Nützliche Informationen über die Fahrradpolitik, z.B. auch über die Fahrradstadt Kopenhagen, finden sich unter <http://hamburgize.blogspot.de/2012/05/kopenhagen-der-weg-zur-fahrradstadt.html>.



Wer sich für Stadtentwicklung und Probleme aller Art drum herum interessiert, stößt ziemlich schnell auf Publikationen und Veranstaltungen des in Berlin ansässigen Deutschen Instituts für Urbanistik gGmbH (Difu, www.difu.de). Im Frühjahr erschien die Studie **Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007–2009**. Darin sind Daten von 19 deutschen Großstädten (u.a. natürlich Hamburg) und mehreren Hundert »Teilräumen« (Quartieren) ausgewertet wurden, die sich insbesondere auf die

Indikatoren Arbeitslosigkeit, Kinderarmut und Bevölkerung mit Migrationshintergrund beziehen. Die Hauptbotschaft der Studie: Trotz rückläufiger Arbeitslosigkeit nimmt die sozialräumliche Spaltung zwischen Arm und Reich zu. Verfasst wurde die 140seitige Arbeit (für 18 Euro im Buchladen zu beziehen) von Jan Dohnke, Antje Seidel-Schulze und dem leider am 31. Oktober 2011 verstorbenen Stadtsoziologen Hartmut Häußermann. Er war einer der Experten, die bei der mietenpolitischen Anhörung der Bürgerschaft vor rund einem Jahr zu Gast in Hamburg waren.

In größeren Abständen gibt die Bundestagsfraktion der LINKEN das **Verkehrspolitische Zirkular Besser verkehren** heraus. Die jüngste Nummer ist dem Flugverkehr gewidmet, vor allem auch der Lärm- und Abgasbelastung im Umfeld von Flughäfen. Aber auch Nachtflüge, Subventionen im Flugverkehr, das A380-Debakel und das Berliner Flughafen-Desaster werden aufgegriffen. Herunterzuladen unter www.linksfraktion.de/sonstige-publicationen/?s=1#anker.

Die von Bundestagsabgeordneten der LINKEN gegründete **Wohngenosenschaft FairWohnen** ist im Bieterverfahren um die 11.500 bundeseigenen Treuhand-Wohnungen aus noch nicht nachvollziehbaren Gründen leider unterlegen. FairWohnen war der einzige Bieter, der den Schutz der jetzigen MieterInnen garantiert hätte, der Gewinner im Höchstgebots- bzw. Bietverfahren wird sich nun aus Immobilien- bzw. Finanzinvestoren rekrutieren. Um so erstaunlicher ist, dass der Zuspruch für das alternative Konzept der Genossenschaft FairWohnen weiter anhält. Mehr dazu unter www.tlg-fairwohnen.de.

Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) startete jüngst eine Veranstaltungsreihe zu **Ereignissen und Entwicklungen in Hamburg seit den 1950er Jahren**. Beleuchtet werden viele interessante Aspekte von Politik, Wirtschaft und Kultur, Forschungsergebnisse, die auch in die neue Publikation »19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren« (30 Euro, Dölling & Galitz) eingeflossen sind. Als nächste Veranstaltung steht am Donnerstag, den 25. Oktober, um 18:15 Uhr im Hörsaal J des Hauptgebäudes der Universität Hamburg (Edmund-Siemers-Allee 1) das Thema »Nachkriegsgeschäfte. Hamburger Kaffeehandel seit den 1950er Jahren« an, dargeboten von Dorothee Wierling (FZH). Weitere elf Abende bis Januar 2013 folgen. Das Gesamtprogramm findet sich im Netz unter www.zeitgeschichte-hamburg.de.

Und weil's so schön ist, noch diese Meldung: Jüngst ist das **Kommunistische Manifest op platt** erschienen. Übersetzer ist Hans-Joachim Meyer, dem die taz vom 21./22. Oktober einen ganzseitigen Artikel gewidmet hat. Das Manifest ist zum Preis von 9 Euro per E-Mail an den Verfasser unter hjm-harburg@gmx.de zu bestellen.



Um **Moderne Verkehrskonzepte – bessere Luft** geht es auf einer Fachtagung des Hamburger Landesverbandes des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) am **Freitag, den 26. Oktober**, von 11 bis 17:45 Uhr im Rudolf-Steiner-Haus (Mittelweg 11-12). Wie es mit dem Ruf als »grüne Stadt am Wasser«, gar als grünste Stadt Deutschlands beschaffen ist, und was das mit den Schadstoffbelastungen in der Luft und dem Verkehr zu tun hat, das wollen verschiedene ExpertInnen den Tag über erörtern. Anmeldung und Infos per E-Mail unter bueru.hamburg@bund.net.

Eine **Stadtpolitische Konferenz** führt die Gewerkschaft ver.di am **Freitag, den 26. Oktober**, durch. Von 13 bis 19 Uhr heißt es in den Räumen des DGB-Bildungswerks (Besenbinderhof 56), eine Bilanz der anderthalbjährigen Alleinregierung der SPD zu ziehen. Es geht dabei vor allem um die Schuldenbremse, die eingeleitete Streichungspolitik und den Personalabbau im öffentlichen Dienst. Gegen 14 Uhr wird auch Heike Sudmann – Abgeordnete der Linksfraktion und Personalratsvorsitzende in der Schulbehörde – zum dramatischen Stellenabbau im öffentlichen Dienst Stellung nehmen. Die

Anmeldung sollte an kolja.griebner@verdi.de erfolgen. Neben aktuellen Infos über diesen Kongress finden sich unter <https://bund-laender-hamburg.verdi/aktuell/stadtkonferenz> auch noch interessante Materialien von der letztjährigen Konferenz.

Um die kritische Beleuchtung des Zusammenhangs von Wirtschaft, Arbeitsplätzen, Steueraufkommen, Wohnungsbau und Stadtentwicklung geht es auf einer Veranstaltung der Ev. Akademie und der HafenCity-Universität (HCU) am **Montag, den 29. Oktober**,

um 19 Uhr im Ökumenischen Forum HafenCity (Shanghaiallee 14). Das Thema **Von Lobbys, Bürgern und der Politik. Wie frei ist die Stadt in ihrer Entwicklung?** diskutieren Prof. Christiane Thalgott (Stadtbaudirektorin a.D., München), Prof. Dr. Dieter Läßle (HCU), Reinhard Wolf (Handelskammer) und Till Briegleb (Journalist), die Moderation obliegt Prof. Dr. Ingrid Breckner (HCU) und Frank Düchting (Ev. Akademie), der Eintritt ist frei. Infos und Anmeldung unter duechting@akademie-nek.de. Sicher eine interessante Veranstaltung, aber aufs Podium hätten auch noch andere Akteure wenigstens aus der Initiativenwelt gehört...



Die Linksjugend ('solid) lädt am **Donnerstag, den 1. November**, um 19 Uhr ein ins Gängeviertel (Valentinskamp). Zu Gast ist an diesem Abend der marxistische Frankfurter Professor Dr. Bernd Belina, ein Mitbegründer der »kritischen Geographie« in Deutschland. Er referiert und diskutiert über die **Krise des Kapitalismus – Krise der neoliberalen Stadt** und wird sich u.a. mit Immobilienfonds, Spekulationsobjekten und der Wohnungsnot auseinandersetzen. Näheres zu der noch bis November laufenden Hamburger Veranstaltungsreihe »Kapitalismus in der Krise« unter www.linksjugend-solid-hamburg.de oder <http://kapitalismus-in-der-krise.de>.

Verfassungsschutz abschaffen oder reformieren? – das ist Gegenstand einer Debatte, die die VVN, Avanti und DIE LINKE am **Donnerstag, den 1. November**, um 19 Uhr im Georg-Asmussen-Haus (Böckmannstraße 3) veranstalten. MitdiskutantInnen sind Steffen Dittes (Referent für Innenpolitik/Antifaschismus der Thüringer Linksfraktion), Conny Kerth (VVN-Bundesvorsitzende) und Christiane Schneider (innenpolitische Sprecherin der Hamburger Linksfraktion). Anlass sind das Auffliegen des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) vor einem Jahr und die unglaublichen Versäumnisse, Aktenvernichtungen und Behinderungen der Aufklärung seitens verschiedener Verfassungsschutzämter.

Zu dieser Terminmeldung gehört auch, dass am **Samstag, den 3. November**, eine **Demonstration aus Anlass der Enttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU)** stattfindet. Dabei geht es nicht nur um die Forderung nach Auflösung des Verfassungsschutzes, sondern auch um das Verbot der NPD, die lückenlose Aufklärung der NSU-Mordserie und der staatlichen Verstrickungen sowie die Stärkung der antifaschistischen Initiativen gegen jegliche Ausgrenzung und Diskriminierung in unserem Land. Startpunkt ist um 12 Uhr der Steindamm/Ecke Lindenstraße. Den Aufruf zur Demonstration kann man im Netz unter www.keine-stimmen-den-nazis.org nachlesen.

Die große Tradition der Genossenschafts- und Gemeinwirtschaftsgeschichte lebt in Hamburg bis heute im Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (ZdK, Baumeisterstraße 2) fort. Die mit ihm verbundene Heinrich-Kaufmann-Stiftung veranstaltet am **9. und 10. November** (13 bis 19:30 Uhr bzw. 9 bis 16:30 Uhr) im Warburg-Haus (Heilwigstraße 116) ihre **7. Tagung zur Genossenschaftsgeschichte**. Im Mittelpunkt stehen dabei die **Genossenschaften international**, deren Historie von Fachleuten aus verschiedenen europäischen Ländern vermittelt wird. Ein Beitrag zum Internationalen Jahr der Genossenschaften, die in letzter Zeit wieder einen deutlichen Aufschwung nehmen.

7.000 Menschen haben am 29. September zunächst eine Menschenkette um Handelskammer und Rathaus gebildet, dabei Geldsäcke von den Banken zum Rathausmarkt durchgereicht und dort anschließend eine leider sehr lange Kundgebung abgehalten. Organisiert hatte diese Kundgebung das neu gebildete, bundesweite **Bünd-**

nis UmFAIRteilen, das auch in Zukunft für eine Veränderung der Steuergesetze und damit die Überwindung des wachsenden Arm-Reich-Gefälles eintreten will. Am **Samstag, den 10. November**, findet nun von 10 bis 17 Uhr im hannoverschen Freizeithaus Ricklingen (Ricklinger Stadtweg 1) eine Aktionskonferenz statt. Mehr dazu unter www.umfairteilen.de.

Am **Sonntag, den 14. November**, eröffnet das Museum der Arbeit (Wiesendamm 3) seine neue Ausstellung. Sie trägt den Titel **Eine Wohnung für uns. Genossenschaftlicher Wohnungsbau in Hamburg** und zeichnet die Geschichte der gerade in unserer Stadt seit dem Ende des 19. Jahrhunderts stark vertretenen Wohnungsbaugenossenschaften nach. Der Museums-Eintritt zu den üblichen Öffnungszeiten beträgt 6/4 Euro, bis 18 Jahre ist er sogar frei. Mehr dazu unter www.museum-der-arbeit.de. Wegen der guten Resonanz auf ihre Einladung zum Besuch der Auto-Verkehrs-Ausstellung im MdA wird Heike Sudmann im nächsten BürgerInnenbrief auch zu einer Führung durch die neue Ausstellung einladen.

Um **Trümmer und Träume – Genossenschaftlicher Wohnungsbau zwischen Hafen und Gängeviertel** dreht sich ein Rundgang, den der Hamburger Stadtextperte Jens Germerdonk am **Sonntag, den 18. November**, im Rahmen einer Veranstaltungsreihe zum genossenschaftlichen Wohnungsbau des Museums der Arbeit durchführt. Gestartet wird um 14 Uhr am Hafentor/Ecke Eichholz. Der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt 4 Euro, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Am **Dienstag, den 20. November**, wird »am Kamin« über die **Partizipation von MigrantInnen an Stadtentwicklungsprozessen** gesprochen. Bestritten wird die Debatte ab 19 Uhr in der Werkstatt 3 (Nernstweg 32/34) von Iris Jäger (verikom), Reyhan Güzel (Eine Mitte für Alle), Thomas Leske (Altopia), Karen Haubenreisser (Q8 Altona) und Emilija Mitrovic, der Mit-Autorin der Studie »Partizipation vor Ort« von Ende 2011, in der das freiwillige ehrenamtliche Engagement von MigrantInnen in Hamburg untersucht wird. Herunterzuladen ist die 250seitige Arbeit unter www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Studien/2012-partizipation-vor-ort.pdf?_blob=publicationFile.

Dürftiges Ergebnis: Mindestlohngesetz

Von Tim Golke



DGB-Demo am 1. Mai 2011 (M. Joho)

Nach Presseberichten vom 22. Oktober will der Senat der Hamburgischen Bürgerschaft ein Gesetz vorlegen, das einen Mindestlohn von 8,50 Euro vorsieht. Zur Geschichte des Gesetzentwurfes muss festgehalten werden, dass er auf eine Initiative der Fraktion DIE LINKE zurückgeht. Sie hatte im April einen Entwurf für ein Mindestlohngesetz in der Bürgerschaft

vorgelegt, der sich an dem nunmehr in Kraft getretenen Bremer Entwurf orientierte. Dieser Entwurf wurde jedoch nicht angenommen, die Bürgerschaftsmehrheit beschloss vielmehr einen hektisch zusammengestellten Prüfauftrag an den Senat. Das Ergebnis ist ebenso dürftig. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf gilt der Mindestlohn in Hamburg zukünftig

für öffentliche oder private Betriebe, wenn Hamburg diese Betriebe durch Beteiligung oder anders überwiegend finanziert oder über Leistungstätigkeiten die Aufsicht innehat bzw. Aufsichtsrat oder Geschäftsführung mehrheitlich aus von der Stadt berufenen Personen bestehen.

Außerdem ist die Gewährung von Zuwendungen an die Zahlung des Mindestlohns geknüpft. Bei der genannten Regelung des Geltungsbereichs muss dem Senat wenigstens Sorgfalt zugestanden werden, das war es dann aber auch. Ob z.B. Asklepios unter die Voraussetzung fällt, ist derzeit unklar.

Das Gesetz regelt weiterhin, dass der städtische Mindestlohn in Hamburg 8,50 Euro pro Stunde beträgt. Der öffentliche Dienst soll keine Tarifabschlüsse erreichen, die unterhalb dieses Wertes liegen; aktuell liegt die unterste Verdienststufe des öffentlichen Dienstes bei € 8,78 pro Stunde.

Enthalten das Bremer Gesetz und damit auch der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE vom April 2012 noch eine Mindestlohnkommission, fehlt diese im vorliegenden Gesetzentwurf des Senats völlig. Eine Mindestlohnkommission hat die Aufgabe, regelmäßig eine Anpassung des Mindestlohns zu ermitteln und vorzuschlagen.

Aus verfassungsrechtlichen Gründen ist eine direkte Änderung durch die Kommission umstritten, als Ausgleich könnte jedoch der Senat die Änderung des Mindestlohns per Rechtsverordnung vornehmen, solange der im Gesetz genannte Wert nicht unterschritten wird.

Im jetzt vorliegenden Entwurf ist der Mindestlohn erst einmal statisch bei 8,50 Euro fixiert. Eine Änderung setzt voraus, dass die Bürgerschaft dann auch das Gesetz ändert. Etwaige

wechselnde Mehrheiten und die Ablehnung des Mindestlohns durch Teile der CDU und sowieso die gesamte FDP lassen da für die Zukunft nichts Gutes erahnen.

Ein weiterer Punkt ist die Frage von Konflikten in der Durchsetzbarkeit. Der Senat benennt keine Instrumente, die die Durchsetzung des Mindestlohns regeln. Im Falle von ZuwendungsempfängerInnen mag das dadurch gelöst werden, dass ein Verstoß dann zu einer Kündigung des Vertrags führt bzw. ein neuer Vertrag nicht abgeschlossen wird. Im Falle von öffentlichen Unternehmen oder solchen, die mehrheitlich der Stadt gehören, ist das Problem damit aber nicht gelöst.

Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass dieses Mindestlohngesetz anscheinend auch nicht im engen Austausch mit dem DGB entstanden ist. In meiner Kleinen Anfrage zum Stand der Umsetzung des Mindestlohngesetzes verneinte der Senat mit Datum vom 16. Oktober 2012 die Abstimmung mit gesellschaftlichen Akteuren unter Hinweis darauf, dass die Meinungsbildung im Senat erst abgeschlossen werden müsse. Mit Blick auf die zeitliche Ebene – das Gesetz soll bis Ende des Jahres verabschiedet sein – bleibt hier wenig Spielraum für eine kritische Beteiligung z.B. des DGB und der Einzelgewerkschaften.

Abschließend sei betont, dass ein Mindestlohn von 8,50 Euro, wie schon in vorausgegangenen Ausgaben des BürgerInnenbriefs dargelegt, nur ganz knapp existenzsichernd ist, gegen Altersarmut schützt er hingegen nicht. Die Fraktion DIE LINKE wird aus diesem Grund auch in den anstehenden Bürgerschaftsberatungen weiterhin einen Mindestlohn von 10,00 Euro als absolute Untergrenze fordern.

Und alle gegen den Mietenwahnsinn!



Es ist knapp drei Jahre her, dass die Linksfraktion mit ihrer Großen Anfrage zur »Gentrifizierung oder: Aufwertung und Verdrängung in Hamburger Stadtteilen« (Drucksache 19/4468 vom 21.11.2009) das Thema erstmals zum Gegenstand der

Bürgerschaftsdebatte machte. Tatsächlich war diese Drucksache der Ausgangspunkt für eine sich über Monate hinziehende Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss und wiederum in der Bürgerschaft. Und daraus resultierte letztlich

die seit zwei Jahren im Landesparlament anhaltende Auseinandersetzung um das Bemühen, den Schutz der MieterInnen gegen die Mietenexplosion, SpekulantInnen und das Maklerunwesen zu verbessern.

Mit einigen Teilerfolgen, wie die jüngst angekündigten, aber bereits vor Monaten von der Bürgerschaft beschlossenen Bundesratsinitiativen des Senats belegen: Zum einen soll endlich eine Gesetzesnovelle auf den Weg gebracht werden, wonach die VermieterInnen die Courtage des Maklers zahlen müssen (diese beträgt bis zu zwei Monatsmieten), wenn sie diesen mit der Suche nach NachmieterInnen beauftragt haben. Zum anderen soll mittels einer weiteren Initiative auf Bundesebene erreicht werden, dass die Mieten bei Neuvermietungen (sie liegen z.T. 50, 60% über den Mietenspiegeln) auf maximal 20% über den ortsüblichen Vergleichswerten gedeckelt werden.

Wie notwendig diese und viele weitere und vor allem weitergehende Maßnahmen sind, zeigt sich quasi täglich in den Berichten der Medien. Erst am vergangenen Sonntag lautete die Schlagzeile der »Hamburger Morgenpost« (21.10.2012): »Der Wahnsinn auf dem Wohnungsmarkt«. Neben verschiedenen Einzelbeispielen völlig überteuerter Wohnungen geht es im Artikel vor allem um »Die Angst vor den Wuchermieten« und die zunehmende Sorge der BürgerInnen – laut Ergebnis einer »repräsentativen Befragung« inzwischen 59,7% der Bevölkerung –, ihre Wohnung nicht mehr bezahlen zu können. Bereits 50% bezahlen Mietpreise von mehr als 8,51 Euro, knapp die Hälfte sind der Überzeugung, ihre Miete sei schon jetzt zu hoch. Noch brisanter wird es, schaut man sich die Ergebnisse zu den Fragen nach den politischen Konsequenzen an: Sage und schreibe 82,3% fordern »strengere Gesetze gegen Mietsteigerungen« und noch mehr – nämlich 88,7% – bezweifeln, dass der SPD-Senat genug für bezahlbaren Wohnraum unternimmt und sehen die Situation keineswegs auf dem Weg der Besserung. Eine schallende Ohrfeige für den Senat, der nicht müde wird, Nebelkerzen zu werfen, sei es mit Baugenehmigungszahlen (die nicht mit Baufertigstellungszahlen zu verwechseln sind) oder dem Verschweigen, dass im Jahr 2013 vielleicht 1.200 neue Sozialwohnungen im 1. Förderweg gebaut werden, aber gleichzeitig fast 11.000 in diesem Förderweg errichtete Wohneinheiten aus der Mietpreisbindung herausfallen.

Behauptet wird von sozial- und sowieso frei- und christdemokratischen Wohnungspolitikern – allen voran von Staatsrat Michael Sachs –, dass wir eigentlich nicht wirklich eine Wohnungsnot in der Stadt hätten, nur könnten eben nicht alle nach Ottensen (da wohnt der feine Herr nämlich) ziehen. In einer neuen Großen Anfrage zu »Phänomenen und Auswirkungen der Gentrifizierung und Segregation« (Bürgerschafts-Drucksache 20/4998 vom 14.9.2012) hat die Linksfraktion jetzt erstmals den Versuch unternommen, weniger die innenstadtnahen als vielmehr einige peripher gelegene und benachteiligte Quartiere in den Fokus zu rücken. Denn es geht um die zentrale Frage, inwieweit Wohnungsnot und Mietenexplosion, Aufwertung und Verdrängung in innenstadtnahen Quartieren (= Gentrifizierung) mittels bestimmter

Mechanismen sich längst auch negativ auf die Stadtränder auswirken und zu einer sozialräumlichen Entmischung von Arm und Reich (= Segregation) beigetragen haben.

Gebetsmühlenartig wiederholt der Senat in seinen Antworten auf die Große Anfrage, dass er ja schon eine Menge tue, ein Wohnungsbauprogramm aufgelegt, Soziale Erhaltungssatzungen erlassen und ein Sozialmonitoring zur Erfassung nachteiliger Entwicklungen in bestimmten Quartieren eingeführt habe. Doch im Detail sieht die Sache anders aus. Beispielsweise sei es »nicht Aufgabe des Sozialmonitorings, die Stadtteilentwicklung im Allgemeinen zu beurteilen. Insbesondere Aussagen zu Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen können anhand dieser Indikatoren nicht getroffen werden« (Vorbemerkung zum Fragenkomplex II, S. 5). Doch was nutzen dann solche Sozialmonitoring-Daten? An anderer Stelle wird auf die einfache Frage, was sich denn nun hinter den Baugenehmigungen verberge – also ob Sozial-, Miet- oder Eigentumswohnungen genehmigt wurden –, lapidar geantwortet, es lägen dazu »keine Statistiken« vor (Antwort zu Frage 18, S. 8).

Ja, fragt sich die irritierte Zeitgenossin, was wird denn da nun eigentlich gebaut? Ist es denn so unwichtig für die Stadt(teil)entwicklung, ob da teure Eigenheime oder Mietwohnungen entstehen? Wir ahnen jedenfalls, in welcher Richtung die (verheimlichte) Antwort angelegt sein müsste, betrug die durchschnittliche Größe der 2011 errichteten 3.729 Wohneinheiten doch immerhin satte 104,7 qm (zu Frage 22, S. 10). Erstaunlich genug, dass der Senat wenigstens dies weiß. Auf den Kern der Wohnungsnot in Hamburg verweist die Angabe, wie viele günstige Wohnungen unter 6 Euro bzw. 12 DM pro Quadratmeter im letzten Jahrzehnt »abhanden« gekommen sind (zu Frage 20, S. 9). Gab es davon im Jahre 2001 noch 262.000 (= 58% aller damals in Hamburg frei vermieteten Wohnungen), waren es 2009 immerhin noch 234.000 (= 44,8%) und 2011 dagegen nur noch 176.000 (= 32,7%), ein Verlust von fast 60.000 Wohnungen im preisgünstigen Segment innerhalb von zwei Jahren. Anschaulicher kann man die Wohnungsnot im unteren Preissegment – lies: für die einkommensärmeren Schichten – kaum machen.

Besonders betroffen von dieser Problematik sind in diesen Tagen vor allem die Studierenden, insbesondere natürlich die Erstsemester. De facto stehen 85.000 StudentInnen in Hamburg nicht einmal 6.000 Wohnplätze zur Verfügung, der große Rest muss sich irgendwie auf dem Wohnungsmarkt durchschlagen. 20% der NeuanfängerInnen haben auch einige Wochen nach Semesterbeginn noch keine Bleibe gefunden und müssen in Turnhallen, bei KommilitonInnen oder wo auch immer nächtigen. Die Linksfraktion hat diese unhaltbaren Zustände zum Anlass genommen, das Thema »Schlaflos in Hamburg! Wie soll man da studieren?« für die Aktuelle Stunde auf der Bürgerschaftssitzung am 24. Oktober anzumelden. Und einen Tag später wird es um die Erörterung der Großen Anfrage zu Gentrifizierung und Segregation gehen. Beide Debatten können per Livestream unter www.hamburgische-buergerschaft.de verfolgt werden, beide Punkte stehen in Zusammenhang mit den bevorstehenden wohnungs-

und mietenpolitischen Aktionen, zu deren Beteiligung auch die Linksfraktion aufruft.

Nachdem rund 1.000 Studierende am 17. Oktober rävend vom Berliner Tor zum Karo Viertel gegen fehlende Unterkünfte demonstriert haben, ruft der AStA der Universität zur Beteiligung am nächsten Aktionstag am 27. Oktober auf. »Suchst du noch oder wohnst du schon?« lautet das Motto der um 14 Uhr auf dem Campus beginnenden »Stadtspaziergänge« durch »die brisantesten Spielfelder der hamburgischen Stadtentwicklungspolitik«. »Schlaflos in Hamburg? Mietenwahnsinn in Hamburg«, das ist auch die Parole weiterer Stadtteiliniti-

ativen vor allem in St. Pauli, die an diesem Tag (ab 15 Uhr) den Widerstand gegen die verfehlte Wohnungspolitik auf die Straße tragen wollen. Und schließlich mündet alles in der Großdemonstration gegen den Mietenwahnsinn am Samstag, den 10. November. Wir nehmen nachfolgend den inzwischen von mehreren Dutzend Gruppen und Initiativen unterzeichneten Aufruf auf. Der Text findet sich auch unter <http://mietenwahnsinn.rechtaufstadt.net/aktuell/aufruf-schlaflos-hamburg-mietenwahnsinn-stoppen>. Weitere Unterstützungserklärungen können an die Emailadresse mietenwahnsinn@rechtaufstadt.net gerichtet werden.

Schlaflos in Hamburg? Mietenwahnsinn stoppen!

**Demonstration am Samstag, den 10. November 2012,
Auftakt 13:00 Uhr Hachmannplatz, Abschluss 16:30 Uhr Hafensstraße**

Mietenwahnsinn in Hamburg

Die Wohnungsmisere in Hamburg spitzt sich zu. Die Mieten steigen seit Jahren und sind heute für eine wachsende Zahl Menschen nicht mehr finanzierbar. Wer das Glück hat, eine Wohnung zu finden, zahlt bei Neuvermietungen durchschnittlich über 11 Euro kalt – das bedeutet einen Anstieg von 11% gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2013 wird Hamburg München als teuerste Stadt zum Wohnen ablösen. Es gibt immer weniger Sozialwohnungen: Mitte der 1970er Jahre waren es in Hamburg noch 400.000, inzwischen sind es nur noch knapp 100.000. Dabei haben 43% aller Hamburger_innen einen gesetzlichen Anspruch auf eine Sozialwohnung.

Aufwertungen und Umstrukturierungen ganzer Stadtteile, wie sie beispielsweise in St. Pauli, Wilhelmsburg oder St. Georg zu beobachten sind, folgen einer unmenschlichen Verwertungslogik und sind Ausdruck einer marktorientierten Politik, die gezielt teuren Wohnraum schafft. Dabei wird verdrängt, wer sich die Mieten nicht mehr leisten kann; das Geld entscheidet über den Zugang zu Wohnraum. Dieser Zustand trifft am härtesten die Menschen, die ohnehin benachteiligt sind: weil sie von rassistischer Ausgrenzung betroffen, prekär beschäftigt oder arbeitslos sind. Auch Auszubildende und Studierende finden immer schwieriger Platz zum Wohnen. Zunehmend werden Menschen in die Wohnungslosigkeit gedrängt.

Auf der anderen Seite nimmt der Leerstand zu. Während nach Schätzungen 90.000 Wohnungen fehlen, standen 2011 1.500 Wohnungen und 1,4 Millionen qm Büroraum (knapp 10% aller Büroflächen) in Hamburg leer. Tendenz steigend. Wir finden, dieser Raum muss genutzt werden, und fordern deshalb, Leerstandsbesetzungen nicht mehr zu kriminalisieren.



Wohnungspolitik des Senats

Der SPD-Senat behauptet, etwas gegen diese Zustände zu unternehmen, und kündigt an, dafür zu sorgen, dass 6.000 Wohnungen jedes Jahr gebaut werden. Von diesen solle »ein Drittel bezahlbar« sein (Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau). Die übrigen 4.000 Wohnungen werden zu Höchstpreisen verkauft oder vermietet. Und selbst von den angekündigten »bezahlbaren« 2.000 Sozialwohnungen, die pro Jahr neu entstehen sollen, werden nur 1.200 klassische Sozialwohnungen im 1. Förderweg (5,90 Euro/qm Einstiegsrente) entstehen. Die übrigen 800 werden im 2. Förderweg (Einstiegsrente 8,00 Euro/qm) gebaut. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt dramatisch, weil jedes Jahr 5.700 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen.

Anstuern gegen den Mietenwahnsinn könnte die SAGA-GWG, die im Besitz der Stadt ist. Doch diese erhöhte lieber wieder kurz nach Erscheinen des letzten Mietenspiegels die Mieten zigtausender Wohnungen.

Das Gerede der SPD über neue stadtplanerische Konzepte mit Bürger_innenbeteiligung steht im Widerspruch zu ihrer Politik, die diese fröhlich ins Leere laufen lässt. Trotz des jahrelangen lauten Protests hat sich an ihrer Politik nichts Grundlegendes geändert. Der Senat sorgt dafür, dass Mitbestimmung von An- und Bewohner_innen erfolgreich verhindert wird.

Wohnraum ist für Politik und Wirtschaft eine Kapitalanlage und die Spekulation damit in Hamburg sehr lukrativ. Statt an den Bedürfnissen der Bewohner_innen ist die Politik des Senats an den Gewinnen von Investor_innen orientiert.



Was tun?

Der stetige Mietenanstieg kann nur durch unseren Widerstand gestoppt werden. Im Herbst wollen wir den Protest gegen die Stadtentwicklungspolitik des Hamburger Senats auf die Straße tragen. Wir haben eine andere Vorstellung von Stadtentwicklung und Wohnungspolitik als Senat und Wirtschaft. Langfristig bezahlbarer Wohnraum muss erkämpft werden. Das zeigen nicht nur die Hafensstraße und andere Besetzungen, sondern auch Mieter_innenkämpfe, als deren Ergebnis die Häuser jetzt in den Händen der Bewohner_innen sind.

Wir fordern:

- Leerstand muss bewohnt werden! Entkriminalisierung von Besetzungen leerstehender Häuser!
- Wir brauchen einen auf lange Sicht sozialen Wohnungsbau, keine kurzen Sozialbindungen, und die Möglichkeit zu demokratischer Teilhabe:
- Damit endlich Schluss ist mit dem Mietenwahnsinn, brauchen wir eine gesetzlich festgelegte Mietobergrenze bei allen Neuvermietungen, die weit unter dem aktuellen Mietendurchschnitt in Hamburg liegt!
- Wohnraum ist keine Ware, sondern ein öffentliches Gut, das wir zum Leben brauchen! Wohnraum muss dem profitorientierten Markt entzogen und allen Menschen zur Verfügung gestellt werden! Wir fordern eine Ver gesellschaftung von Wohnraum!

Nehmen wir uns das Recht auf Stadt! Die Stadt ist unsere!

25 Jahre Barrikadentage an der Hafensstraße



10./11. November 2012: Wir wollen uns 25 Jahre nach Aufbau der Barrikaden mit all denen treffen, die den langen Weg zum Erhalt der Häuser mit uns gegangen sind, und denen, die heute weiter kämpfen. Wir wollen uns freuen, erinnern, diskutieren und feiern: Dank unserer gemeinsamen Beharrlichkeit und der großen Solidarität, die wir erlebt haben und nicht zuletzt auch durch die Barrikadentage gibt es heute diese Häuser mit ihren Möglichkeiten für uns als Bewohner_innen, Betreiber_innen und Nutzer_innen der Läden. Es gibt sie auch gegen den damals erklärten Willen der Herrschenden zu Räumung und Abriss. Diese Häuser stehen sichtbar dafür, dass Widerstand und Solidarität Erfolg haben können. Das, worum es uns damals ging, ein mehr gemeinschaftliches, selbstbestimmtes Leben auch für Leute mit wenig Geld zu erkämpfen, ist immer noch zentrales Thema in dieser Stadt und anderswo. Deshalb freuen wir uns darauf, die Mietenwahnsinnsdemo vielstimmig zu begrüßen (ca.

16:30). Danach (ab ca. 18:00): Ausstellungen, Lesungen, Film, Diskussion zu »alternativer Energiepolitik« – und einige Überraschungen. 20.00: Diskussionsveranstaltung: Internationaler Austausch zu Häuserkampf und Recht auf Stadt mit Gästen aus Spanien. Anschließend (ca. 22:00) Party im Störtebeker/Butt-Club mit Hits der 80er, Konzert im Ahoj, alle Läden offen.

Sonntag 13:00: Gesamtschule St. Pauli (nebenan): Diskussionsveranstaltung zu Wiederbesetzung und Barrikadentagen: Wie haben wir das erlebt, Kritiken, was heißt das für heute?

Genaueres Programm vor Ort oder demnächst auf <http://hafenstrasse.jimdo.com>

Bewegte Quartiere



WilhelmsburgerInnen vor dem Rathaus (M. Joho)

In der Fraktion gehen tagtäglich Meldungen ein, was in den Stadtteilen und Quartieren so passiert, sei es in Form von behördlichen Planungen und Papieren, sei es im Hinblick auf das Engagement und die Proteste von Menschen. Leider sind wir mit unserer kleinen Fraktion nicht in der Lage, allen Informationen und Bewegungen nachzugehen, zumal oftmals vor Ort ja auch Stadtteilgruppen und die Bezirksfraktionen

der LINKEN tätig werden. Nichtsdestoweniger gibt es Schwerpunkte unseres Einsatzes – z.B. die Auseinandersetzungen um die weitere Entwicklung Wilhelmsburgs und die Verlegung der Reichsstraße und in letzter Zeit vor allem die Neue Mitte Altona –, bei denen wir versuchen, dauerhaft am Ball zu bleiben. Um wenigstens ab und zu mal ein paar Akzente zu setzen, was das Stadtteilgeschehen angeht, werden wir in

Zukunft immer mal wieder ein paar knapp gehaltene Neuigkeiten aus den Vierteln bringen.

Übrigens sei einmal mehr erwähnt, dass sich Informationen aller Art, auch zu den Stadtteilen, in der Parlamentsdokumentation der Hamburgischen Bürgerschaft finden lassen (<http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/>). Mit einer einfachen Suchfunktion (die uns allerdings nicht immer hundertprozentig verlässlich erscheint) lassen sich Stichwörter eingeben, und schon hat man für die jetzige oder auch die vorausgegangenen Legislaturperioden allerlei Drucksachen zur Hand, die oft hilfreich sein können. Und, nebenbei bemerkt, auch die Anfrage-Tätigkeit der Linksfraktion verdeutlichen. Doch nun zu den beiden Stadtteilnews.

Seit Jahren sind die **WilhelmsburgerInnen** nun aktiv, um ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Was angesichts der großen Senatsplanungen im Hinblick auf die internationale Gartenschau (igs) und die Internationale Bauausstellung (IBA) 2013 sowie die Verlegung der Reichsstraße nicht immer einfach ist. Wir kooperieren vor Ort – selbstverständlich neben der Zusammenarbeit mit der örtlichen Basisorganisation der LINKEN – insbesondere mit dem Verein Zukunft Elbinsel, der einen starken Akzent auf die Verkehrspolitik legt, und dem Arbeitskreis Umstrukturierung (AKU), der sich vor allem an Aufwertungs- und Gentrifizierungstendenzen abarbeitet. Wohl kein Stadtteil hat so viele und auch so große Aktionen, Versammlungen und Demonstrationen durchgeführt wie die ElbinsulanerInnen.

Die nächste Aktion steht am Samstag, den 27. Oktober, bevor. Um »5 vor 12« rufen die »Engagierten Wilhelmsburger« auf, zum erneuten Male an einer Groß-Demo unter dem Motto »Doppeltrasse der neuen Wilhelmsburger Reichsstraße wurde zur Todesfalle« teilzunehmen. Hintergrund ist der Umstand, dass die Verlegung der Reichsstraße ohne die Errichtung von durchbruchssicheren Wänden gegenüber den parallel verlaufenden Eisenbahngleisen geplant wird. »Anders als bei jeder neueren Trasse«, so der jüngste Flyer der sich so nennenden »Wilhelmsburger Reichsstraßen-Zombies«, »fehlen hier geeignete Maßnahmen zur Verhinderung von Durchbrüchen zwischen den Verkehrsträgern. Dort, wo in anderen Bundesländern Erdwälle und Betonsperren oder schlicht Pufferzonen geplant werden, fehlen diese Maßnahmen bei der jetzt vorliegenden Planung zum Ausbau und der Verlegung der B4/75 Wilhelmsburger Reichsstraße. Das ist umso verwunderlicher, da beide Trassen ausgewiesen und priorisiert für den Gefahrguttransport vom Flüssiggas bis hin zu radioaktiven Stoffen wie z.B. Uranhexafluorid sind.« Um auf das völlig unzureichende Sicherheits- und Rettungswegekonzept und eine Katastrophe im Falle eines Unfalls aufmerksam zu machen, gehen die WilhelmsburgerInnen kommenden Samstag also wieder auf die Straße. Demonstriert wird ab 11:55 Uhr vor der Europa-Passage, Eingang Jungfernstieg. Als Zombies verkleidet und mit Blut beschmiert geht's dann zum Rathausmarkt. »Ein optischer Leckerbissen der besonderen Sorte«, wie versprochen wird.



Brückenschlagen: Jürgen Wohlers, 9.10.2012 (Foto: M. Joho)

Wie schon im BürgerInnenbrief erwähnt, kämpfen die **St. GeorgerInnen** seit mehreren Monaten um den Erhalt ihrer »Traditionsbuchhandlung« Wohlers (Lange Reihe 68/70), die seit 79 Jahren im Stadtteil ansässig ist und in dritter Generation von Jürgen Wohlers geführt wird. Deren Aus zum Jahresende infolge Verdreifachung der Miete durch den Vermieter Frank Jendrusch schien besiegelt. Schon bei der ersten Demonstration am 6. Juni mit rund 850 TeilnehmerInnen wurde deutlich: Es geht vorrangig um die Buchhandlung, aber es geht auch um den Aufschrei gegen eine bewohnerfeindliche Stadt(teil)entwicklung, gegen den Mietenwahnsinn in dieser Stadt, speziell in St. Georg, und gegen die Verdrängung der kleinen, inhabergeführten Geschäfte, die der Mietenexplosion durch die Konkurrenz von Kneipen-, Mode- und sonstige Schicki-Läden nicht mehr standhalten können. Nach viereinhalb Monaten mit einer Demo, vier jeweils von mehreren Hundert Menschen besuchten open-air-Kundgebungen, einer Unterschriftensammlung und einem einhellig gefassten Stadtteilbeiratsbeschluss konnte jetzt ein Erfolg verbucht werden. Der Buchhändler wird auch in den kommenden fünf Jahren seinen Laden weiterführen können, der Mietpreis wurde deutlich herabgesenkt. Tatsächlich konnte damit erstmals ein Erfolg gegen die immer grenzenlosere »Aufwertung« und Verdrängung von Wohnungs- und LadenmieterInnen richtiggehend erstritten werden, ein Beispiel, das bundesweit für Aufmerksamkeit sorgte und vielleicht noch Schule machen wird. Der Kampf gegen den Mietenwahnsinn ist damit keineswegs zu Ende, aber jetzt lädt der Einwohnerverein St. Georg erst einmal am Samstag, den 10. November, um 19 Uhr ins Haus für Kunst und Handwerk (Koppel 66/Lange Reihe 75) zur großen Party ein. Nicht zufällig an diesem Tag, denn zuvor dürften viele schon an der oben angekündigten Großdemonstration gegen den Mietenwahnsinn in unserer Stadt teilgenommen haben.

Kulturipp: »Und es bewegt sich doch!«



Geschichtswerkstatt St. Georg e.V. (Bild: M. Ploy)

So lautet das Motto, unter dem die St. Georger Geschichtswerkstatt von Ende Oktober 2012 bis Juni 2013 das Themenfeld »Solidarität - Protest - Bewegung« veranschaulichen will. 19 Veranstaltungen sind geplant, wobei die erste ein Rundgang zu Orten der Hamburger Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung (28.10., 15 Uhr, ab Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60) und die letzte die Austragung eines bewegungsorientierten Wandercups unter dem Motto »Drängen - Schubsen - Stoßen: Die Bewegung ist alles, das Ziel aber auch« (9.6.2013) sein wird.

Die Begründung für das Halbjahresprogramm - es liegt z.B. in Bücherhallen aus oder kann unter www.gw-stgeorg.de angeschaut werden - wirft ein Licht auf die bundesdeutschen und speziell die hamburgischen Verhältnisse: »Die Schere zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander - eine kleine Minderheit häuft ein riesiges Vermögen an, während die überwiegende Mehrheit davon nur träumen und eine sprunghaft wachsende Zahl von Menschen ihre Existenz durch Arbeit nicht mehr sichern kann. Angst um den Arbeitsplatz, Altersarmut, Verlust der Wohnung, Gift im Essen, Klimawandel, Umweltkatastrophen sind nur einige Stichwörter. Wir setzen bei unserer neuen Veranstaltungsreihe ... vor allem auf das in uns allen vorhandene Potenzial, NEIN zu sagen und AKTIV zu werden. Wir spüren den Menschen und Initiativen nach, die sich in der Gesellschaft und insbesondere in St. Georg nicht nur um sich selbst scheren, die sich

solidarisch verhalten und Protest anmelden und also in Bewegung kommen. Unser diesjähriges Thema ist kein Zufall: Allerorten wird in unserem Land wieder stärker über Beteiligung und Selbstorganisation, gemeinschaftliches und genossenschaftliches Handeln diskutiert - gegen Neoliberalismus, die zunehmende Privatisierung von öffentlichen Gütern und Räumen, gegen die Zerstörung unserer Umwelt, ungesunde Lebensmittel, Umwandlung von Wohnungen in Eigentum. Wir wollen mehr Lebensqualität und suchen nach neuen Formen gemeinsamen solidarischen Handelns...«

Zu den Highlights gehören die Darbietungen des Stadtteilchores Drachengold »All Erdenrund ist voll Geschrei« (am 16./17.11. jeweils 20 Uhr, Dreieinigkeitskirche, St. Georgskirchhof, 8/5 Euro), eine Lesung mit Gesang des Literarischen Menüetts unter dem Titel »Wird Zeit, dass wir leben! Versuche gegen den Stillstand« (2.2.2013, 18 Uhr, Kulturladen, Alexanderstraße 16, 15 Euro fürs Buffet, Anmeldung Tel. 28 00 78 55) sowie der szenische Rundgang des Vorstadttheaters »St. Georg zu verkaufen! Eine Schatzsuche« (27./28.4.2013, jeweils 17 Uhr, ab Drachenbau-Wohngenossenschaft, Schmilinskystraße 6a, 8/5 Euro). Aber auch Podiumsdiskussionen, Besuche, Lebenswege-Befragungen, Filmvorführungen, guerrilla-gardening-Begrünungsaktionen, eine Wandbild-Installation sowie eine Ausstellung zu »40 Jahren bewegtem St. Georg« sind vorgesehen. Es bewegt sich eben doch, und gleich eine ganze Menge!

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucerusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.